

GGG

Info

Liebe Mitglieder,

nach den Jahren hauptamtlicher Unterstützung der Bundesorganisation ist die ehrenamtliche Neuorientierung mit dem Umzug der Geschäftsstelle und der neuen Website nun abgeschlossen.

Erste Zwischenergebnisse zeigt der 2016 begonnene Prozess, in Arbeitsgruppen vorrangige Handlungsfelder der GGG zu identifizieren und zu bearbeiten. Durch Einstellen in den Mitgliederbereich der Website wollen wir neben verbesserter Transparenz hier auch eine stärkere Beteiligung aller Mitglieder ermöglichen.

Am 22./23.9.2018 soll eine Klausur im Rahmen des Hauptausschusses auch die organisatorisch-finanzielle Absicherung der Arbeit der GGG auf allen Ebenen klären.

Bis zum 50. Geburtstag in 2019 wollen wir alle Klärungsprozesse abschließen und die GGG für eine größere Wirksamkeit nach innen und außen neu ausrichten. Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern für die eine, inklusive Schule für alle weiter auszubauen und unser gemeinsames Ziel stärker in die Diskussion um die Perspektive des Schulsystems einzubringen.

Zur traditionellen „Himmelfahrtsklausur“ dieser Verbände vom 9. – 11.5. 2018 in Oberursel sind die Mitglieder herzlich eingeladen. Neben aktuellen Themen werden wir vor allem eine wirksamere Zusammenarbeit diskutieren.

(Einladung siehe Website) Die Anmeldung erfolgt wie immer bei der GEW, die dankenswerterweise erneut die Organisation übernommen hat.

Mit ggg-lichen Grüßen
Gerd-Ulrich Franz

INHALT

GGG Diskussion

Elternwahl oder Elternqual – der Wechsel nach der Grundschule...	II
--	----

GGG Länderberichte

Berlin	IV
Hamburg	IV
Hessen	V
Niedersachsen	
Nordrhein-Westfalen	V
Rheinland-Pfalz	V
Schleswig-Holstein	VII

GGG intern

Jubiläen und Geburtstage	VIII
Termine 2018/19	VIII

Elternwahl oder Elternqual – der Wechsel nach der Grundschule ...

... auch eine Chance für das gemeinsame Lernen?

Solange das gemeinsame Lernen aller Kinder in Deutschland nach der Grundschule beendet, abgebrochen und ein Wechsel in eine der 2, 3 oder 5 verschiedenen Schulformen notwendig wird, müssen Eltern eine verantwortliche Entscheidung über den weiteren Schulweg ihres Kindes treffen. Sie müssen **für ihr** Kind entscheiden, mal mehr, mal weniger gut beraten durch die Lehrer*innen der Grundschule, mal mehr, mal weniger eingewoben in familiäre Erwartungen. Welche Beweggründe dominieren, welche Fragen werden gestellt, welche Argumente erreichen und unterstützen die Eltern dabei? Zentrale Fragen auch und vor allem für unsere Schulen des gemeinsamen Lernens, die Gemeinschafts- oder Gesamtschulen. Obwohl ‚konstruktionswidrig‘ in der Konkurrenz der selektierenden, bewerteten Schulformen gefangen und weitgehend den gleichen Vorgaben unterworfen, stellen sie doch gegen alle negativen Trends den wertschätzenden Umgang mit individueller Vielfalt, die bestmögliche Entfaltung und Förderung aller Kinder in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Es sollte, es muss ihnen gelingen – auch im Interesse der Weiterentwicklung zu einem inklusiven Schulsystem – Eltern für die Fortsetzung des gemeinsamen Lernens einzunehmen.

Drei unterschiedliche Hinsichten auf den Wechsel nach der Grundschule sollen uns bestärken und argumentative Unterstützung liefern.

Wanderer zwischen den Welten...

Familie Färber lebt mit ihrem Sohn im Ruhrgebiet in Essen. Cornelia Färber hat in der „ISA“⁽¹⁾ ausführlich seine schulischen Erfahrungen dargestellt. Sie beschreibt den Leidensweg für ihn und die Familie von der Aufnahme am Gymnasium über den Wechsel an ein weiteres bis hin zum letztlich erfolgreichen Abschluss an einer



Cornelia Färber,
Redakteurin
und Reporterin

Gesamtschule in Essen – Erfahrungen, die sich so leider vielhundertfach ständig wiederholen. Ich habe mit ihr über ihre Motive und Wahrnehmungen, aber auch darüber gesprochen, was sie im Rückblick Eltern – aber auch den Schulen – empfiehlt. *„Die Gesamtschule war für uns in der Grundschule nicht präsent – weder wurde sie direkt vorgestellt noch als eine Alternative zum Gymnasium von der Grundschullehrerin in die Beratung eingebracht – also ging unser Sohn mit der Mehrheit der Klasse ans Gymnasium. Die ‚Migrantenkinder‘ wechselten an die Gesamtschule – und waren dort in hohem Maße erfolgreich!“* Dagegen erlebte ihr Sohn am Gymnasium eine derart konkurrierende Eiligkeit im Unterricht, ein Desinteresse an den individuellen Lernständen, so dass Scheitern nicht nur für ihn programmiert war. Der Wechsel des Sohnes an die Gesamtschule machte besonders deutlich: Hier war die Entwicklung jedes einzelnen Kindes im Fokus der Lehrkräfte – die Lernanforderungen wurden mit den Schüler*innen geklärt und von den Eltern begleitet – aber die Verantwortung für den Lernfortschritt blieb bei den Kindern und wurde nicht durch Elterneinsatz ersetzt. Frau Färber nennt dies als für die Gesamtschule unbedingt stärker herauszustellendes, zentrales Merkmal.

„Dank der zugewandten Haltung der Lehrkräfte gelingt die Entfaltung und Entwicklung der Talente, dem wird in der Gesamtschule Raum und Zeit gegeben und die Schüler übernehmen Verantwortung für

sich selbst.“ Sie hat zudem die Vielfalt der Lebensverhältnisse, das wertschätzende Miteinander aller in der Gesamtschule als eine besondere Bereicherung für den Sohn und die Familie erlebt und ist dankbar für diese gemeinsame Erfahrung.

(1) http://www.ggg-nrw.de/webpage/download/isa/isa-2017_4/ISA_IV_2017_FAERBER_GY-GE.pdf

„Liebe Eltern, [...] ihr seid Schuld an der Schulmisere“

Unter diesem Titel veröffentlicht der Journalist Sebastian Christ⁽²⁾ seine klare Kritik an den Auswüchsen und Folgen elterlicher „Exklusivitätsbemühungen“ für ihre Kinder. Plakativ konfrontiert er diese Eltern mit den gesellschaftlichen Nebenwirkungen ihres Handelns und fragt: *„Was hättet ihr verloren, wenn euer Kind in einer besseren Welt statt mit einem besseren Lebenslauf aufwächst?“* Er kontrastiert die bekannten sozialen



Sebastian
Christ, Intern.
Journalist,
Redakteur und
Autor

Schieflagen bei den Bildungserfolgen mit den konkreten Folgen für die eigene Lebensführung und die Zukunft der Gesellschaft: *„Wir leisten uns ein Schulsystem, das den Riss zementiert, der ohnehin schon durch Deutschland geht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in dieser Republik gefährdet.“* Die Bildungsexpansion, leider vor allem ausgelöst durch das Bemühen vieler Eltern, für ihr Kind einen besseren Startplatz in der

gesellschaftlichen Konkurrenz zu sichern, verstärkt den Drang nach exklusiver Bildung für das eigene Kind und verstellt den Blick auf die gesellschaftlichen Nebenwirkungen. Es muss zumindest das Gymnasium sein oder für die, die es sich leisten wollen, die Privatschule, gar das Eliteinternat in England.

„Liebe Eltern, Ihr seid es, die diesen marktradikalen Wettbewerb um die besten Chancen anzettelt“ schreibt Sebastian Christ und schlägt vor – wie die GGG fordert – dass alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden sollen. Als zentrales Entwicklungshindernis macht er aus, dass „die Politik es kaum wagen wird, gegen Euren Willen etwas zu verändern“. Und fragt die Eltern zum Schluss:

„Was spräche dagegen, das Wohl des eigenen Kindes nur ein bisschen zurückzustellen, wenn dadurch die Gemeinschaft profitiert? [...] wer sich der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft verweigert, der muss sich auch nicht wundern, wenn dieses Land am Ende zu einem hässlichen Ort wird.“

(2) http://www.huffingtonpost.de/entry/liebe-eltern-schimpft-nicht-auf-die-politiker-ihr-seid-schuld-an-der-schulmiser_de_5a607cb1e4b01b82649cddb0

Schulwahl in Baden-Württemberg

Familie Felger lebt mit zwei Kindern im ländlichen Raum südlich Stuttgarts. Als nach der Grundschule der Wechsel anstand, machten sich die aus nördlicheren Gefilden zugewanderten Eltern auf eine aufschlussreiche Rundtour durch alle möglichen Gymnasien mit dem Ziel, die passende leistungsförderliche Schule für ihre beiden recht wissensneugierigen Kinder zu finden. Diese Tour führte sie auch in Gemeinschaftsschulen, die gerade im Entstehen waren. Am Ende ihrer Exkursion entschieden sie und ihre Tochter sich für eine Gemeinschaftsschule in Tübingen, denn „die Begegnung mit den Pädagog*innen und der Schulleitung auf Augenhöhe und die Intensität und Zugewandtheit dieses Austauschs waren beeindruckend.



Dr. Ulrike Felger,
Journalistin

*Zur selben Zeit verlor unser Kind sein Herz an die aufgeschlossenen Lehrer*Innen, die bunt zusammen gewürfelten Mitschüler*Innen – und die Filiale der Tübinger Stadtbücherei im Schul-Foyer.“* Zum Ende dieses Schuljahres wechselt die älteste Tochter nun nach der Klasse 10 in die neu eingerichtete Tübinger Oberstufe, die Schwester besucht die 7. Klasse und: „Die gesamte Familie schätzt und genießt nach wie vor die besondere Lehr-, Lern- und Umgangskultur an ‚unserer‘ Schule. Nie haben wir unsere Entscheidung wirklich bereut.“ Die Einschränkung „nie ... wirklich“ ist dabei wohl Folge „des starken Gegenwinds, der unsere noch junge Schulart in Gesellschaft und Politik ausgesetzt ist und der verhindert, dass die Menschen im Land erfahren, was diese Schulen für die Kinder und das Land zu bieten haben“. Frau Felger hat daraus die Konsequenz gezogen, mit dem „Elternnetzwerk im Verein für Gemeinschaftsschulen Baden-Württemberg“ tatkräftig und vehement für das längere gemeinsame Lernen zu werben, denn, *Unsere Erwartungen an die Lebenskompatibilität der Gemeinschaftsschule werden täglich voll erfüllt. Unsere Kinder sind glücklich und gehen an den meisten Tagen gerne in die Schule. Was wollen wir mehr?“*

Fazit für die GGG – und unsere Schulen

1. Die Eltern müssen in den Grundschulen ‚unausweichlich‘ mit der Alternative der Fortsetzung des gemeinsamen Lernens in den Gemeinschafts-, Stadtteil- oder Gesamtschulen konfrontiert werden – zum einen durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, zum anderen durch konkrete Kooperationen mit den Grundschulen ihres Einzugsbereichs.

Wir müssen die Kolleg*innen der Grundschulen gewinnen, sich für die Fortsetzung ihrer Arbeit im weiterhin gemeinsamen Lernen aller Kinder in einer Schule stark zu machen. „Politische Neutralität“ stärkt die Selektion, zerstört die bis dato angelegte Kooperation und Solidarität der Kinder und verhindert die pädagogisch wie gesellschaftlich dringend gebotene Kontinuität des wertschätzenden Umgangs mit Vielfalt und der Erfahrung demokratischer Teilhabe.

Diese Forderung ist nicht neu – aber die beiden Elternberichte und auch der Beitrag von Sebastian Christ fordern uns auf, die pädagogischen und gesellschaftlichen Nebeneffekte des Bruchs nach der KL 4 (6) in aller Klarheit zu benennen, insbesondere auch mit den Grundschulkolleg*innen offensiv zu diskutieren.

2. Diese Aufklärung vor Ort müssen wir als GGG durch konkrete Verabredungen auf allen Ebenen flankieren, um aus den vielen gemeinsamen Absichtserklärungen endlich ‚handfeste‘ Handlungserwartungen an die Kolleginnen, an alle Mitglieder abzuleiten.

Auch die Frankfurter Erklärung als Ergebnis des gemeinsamen Inklusionskongresses harrt hier noch einer deutlichen Konkretisierung – ich bin mir bewusst, dass es keine einfache Aufgabe ist, selbst „befreundete“ Verbände für solch verbindlichen Absprachen zu gewinnen, halte dies aber für einen unausweichlichen Auftrag, wenn wir die Idee einer inklusiven Schule für alle wirklich voranbringen und damit die Arbeit der Schulen vor Ort unterstützen wollen.

3. Ein belastbarer Schulterschluss der Schulen des gemeinsamen Lernens vor Ort wie auch der Verbände ist eine wesentliche Voraussetzung, um öffentliche Wahrnehmung und politische Wirksamkeit zu erreichen. Nur wenn wir dergestalt inklusiv denken und handeln, können wir überzeugend für unsere gemeinsame Idee wirken – hierfür haben wir in unseren eigenen Köpfen, denen der Kolleg*innen wie der Eltern, noch viel Arbeit zu leisten.

GERD-ULRICH FRANZ

BERLIN

In Berlin sind in der GGG vor allem Gemeinschaftsschulen (GemS) organisiert, weitere integriert arbeitende Schulen sind die Integrierten Sekundarschulen (ISS) und selbstverständlich die Grundschulen. Gesamtschulen gibt es nicht mehr, einige wurden Gemeinschaftsschulen, einige ISS und zwei wandelten sich zu Gymnasien. Obwohl es die GemS nunmehr seit 10 Jahren gibt, befinden sie sich immer noch im Modellstatus. Die Koalition aus SPD, Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen hat zwar im Koalitionsvertrag erklärt: „Die Gemeinschaftsschule wird als schulstufenübergreifende Regelschulart gesetzlich festgeschrieben.“ Damit tun sich die Koalitionäre auch nach einem Jahr gemeinsamer Regierung noch schwer.

Dies war dann auch das weite Strecken der Diskussion bestimmende Thema. Diese Diskussion wurde am 30. Januar 2018 öffentlich geführt, organisiert wurde sie vom Elternnetzwerk Gemeinschaftsschule Berlin mit den bildungspolitischen Sprecherinnen der Koa-Parteien und Staatssekretär Rackles. Vor allem von Seiten der SPD wurden Befürchtungen geäußert, dies würde die Dreigliedrigkeit wieder herstellen und die ISS würden benachteiligt.

Andere Themen gerieten leider etwas in den Hintergrund:

1. Ungerechtes, die GemS benachteiligendes Aufnahmeverfahren zu Beginn der siebten Klassen, nach dem ca. 17% der neu aufzunehmenden Schüler*innen einen Notendurchschnitt von 3,3 oder schlechter haben. ISS und Gymnasien nehmen in der Regel nach dem Notendurchschnitt aufsteigend auf.
2. Aufgrund der von allen GemS angenommen Herausforderungen der Inklusion ist die Belastung der Klassenlehrer deutlich höher als an Gymnasien, die Stundenzahl jedoch ist mit 26 dieselbe. Die Anteile der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sehen derzeit folgendermaßen aus: Gymnasien 0,1 – 1% (es gibt wenige Ausnahmen mit einem höheren

Anteil), ISS im Durchschnitt 4,4% und GemS mit im Durchschnitt 8,6%. Das bedeutet für etliche ISS und GemS je Klasse vier und mehr Schüler*innen mit ihren je speziellen Bedürfnissen, die herausfordernd und immer wieder auch überfordernd wirken.

3. Das Freihalten von Schulplätzen für Schüler*innen, die zur siebten Klasse auf das Gymnasium wechseln wollen, also von der GemS nicht völlig überzeugt sind. Dies führt u.U. dazu, dass Schüler*innen, die unbedingt eine GemS besuchen wollen, dies nicht können, weil vom Gymnasium abgelehnte ihren Platz reserviert bekommen.

Zusammengefasst sehen sich die Gemeinschaftsschulen Berlins zu wenig vom Berliner Senat unterstützt. Während Privatschulen öffentlich Reklame machen mit der Beschulung von der Einschulung bis zum Abitur, wird dies vom Senat kaum thematisiert oder gar im Sinne der GemS argumentativ verwendet. Unsere Zehnjahresfeier steht noch in den Sternen, eine Unterstützung erhalten wir dafür nicht, allerdings wird derzeit ein Film über die Gemeinschaftsschulen Berlins finanziert und wir sind auf das Ergebnis gespannt. Den werden wir dann sicher in alle Himmelsrichtungen verbreiten, weil wir der Auffassung sind, dass das Modell der Berliner Gemeinschaftsschulen das Zukunftsmodell für die eine Schule für alle sein kann. Wir berichten von Fortschritten.

ROBERT GIESE

HAMBURG

Im Januar 2018 hat der Senat die Bürgerschaft über die geplante Reform der universitären Lehrerbildung informiert. Danach wird es künftig in Hamburg für die allgemeinbildenden Schulen ein eigenständiges Lehramt an Grundschulen geben und ein Lehramt für die Sekundarstufe I und II an Stadtteilschulen und Gymnasien. Bei Letzterem handelt es sich allerdings um das alte, lediglich geringfügig modifizierte

Lehramt an Gymnasien. Damit wird die GGG-Forderung nach einem einheitlichen Lehramt mehr als konterkariert. Unsere Forderung bleibt eine modularisierte Lehrerbildung, die mit Spezifizierungen für unterschiedliche Anforderungen der Schulstufen für den kompetenten Umgang mit Vielfalt, mit den Herausforderungen der Inklusion und der Migration qualifiziert.

Erfolgreich war die Initiative „Gute Inklusion“. Sie hatte im vergangenen Jahr fast 25.000 Unterschriften für eine bessere materielle Ausstattung der Schulen gesammelt. In dreieinhalbmonatigen Verhandlungen wurde erreicht, dass schrittweise über 300 Stellen neu geschaffen und die baulichen Voraussetzungen verbessert werden.

Zum vierten Mal werden die Schulbesuchstage in der Zeit vom 26. bis 29.3.2018 angeboten. Mit 189 Plätzen an 11 Stadtteilschulen ist wiederum ein interessantes und breites Fortbildungsangebot entstanden, das, initiiert und koordiniert vom Landesvorstand, dann in Eigenregie der Schulen stattfindet.

Unsere Kampagne „Zusammen leben – Zusammen lernen“ nimmt weiterhin an Fahrt auf. Wir freuen uns sehr, dass der Grundschulverband Hamburg in die Kampagnengruppe eingetreten ist. Mit unserer nächsten Veranstaltung in der Patriotischen Gesellschaft am 20. Februar 2018 unter dem Titel „Stadt macht Bildung“ wollen wir das Problem mangelnder Bildungsgerechtigkeit in Hamburg erneut in den Fokus rücken und dabei Aspekte von Stadt- und Quartiersentwicklung besonders beleuchten. Mit Prof. Dr. Dieter Läßle, Professor für Stadtökonomie und internationale Stadtforschung, mit Falko Droßmann, Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, mit Norbert Maritzen, Leiter des Hamburger Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätssicherung (IfBQ) und mit Thorsten Altenburg-Hack, Landesschulrat in der Behörde für Schule und Berufsbildung, stellt sich ein hochrangiger Kreis von Experten diesen wichtigen Fragen.

BARBARA RIEKMANN

HESSEN

GGG-Tagung in Beatenberg – ein Bericht

Mit Flugzeug, Bahn oder mit dem Auto trafen im September 22 Kolleg*innen zur Tagung in Beatenberg ein.

Auf fast 1200 m Höhe begann eine erste Kennlernphase mit einem „World Café“. Die Kolleg*innen tauschten sich aus u. a. über ihre Motivation und ihre Arbeitsaufträge, aber auch ihre Erfahrungen zum Lernen in der Gesamtschule. Sie waren aus Berlin, NRW, Bayern und Hessen angereist, um nach dem Abendessen in einem ersten Input Andreas Müller, den Leiter des Instituts Beatenberg, zu hören und erleben. Er berichtete über seine Schule mit dem offenen, dem strukturierten und dem Wahlbereich. „**Entwicklung braucht Herausforderung**“, ist eine seiner Thesen. Aufgabe der Lehrer*innen ist es, dafür zu sorgen, dass Lernende sich mögen und dass sie die Erfahrung machen müssen, dass Leistung sich lohnt, dass es guttut, auf sich stolz sein zu können.

Am nächsten Tag konnten wir ihn, einen Kollegen (Lerncoach) und zwei Schüler befragen. Auf die Frage, was gibt ihr Schüler uns Lehrer*innen mit auf den Weg, war ihre spontane Antwort „Bauen Sie Beziehung zu Ihren Schülern auf!“

Die Kolleg*innen aus 7 Schulen hatten Arbeitsaufträge mitgebracht, die sie in den Schulgruppen bearbeiteten:

- SOL in der KSF einführen
- Den Lerntag anders organisieren
- Kompetenzraster für den 5. Jg. in Erdkunde erstellen
- Wochenplan Logbuch – Kompetenzraster erstellt
- Vergleich der verschiedenen Zweige einer KGS und Erarbeitung eines gemeinsamen Projektes: Lernen durch Engagement
- Schulentwicklungsthemen einer im Aufbau befindlichen Schule zu definieren und erste Schritte zu beschreiben

Freizeit gab es auch – Ausflüge führten in die Umgebung: Interlaken, Bern, Teile des Beatusweges und die Beatushöhle waren

Ziele. Diese Unterbrechung tat allen gut. Einen Tag später stellten die Gruppen ihre Arbeitsergebnisse mit Plakaten oder PowerPoint vor.

Mit einem „Rückspiegel“, einem Blitzlicht, der Verteilung der Zertifikate und dem „Komplimentewürfel“ ging eine weitere produktive Tagung in Beatenberg zu Ende. Das Blitzlicht gibt uns die Bestätigung, dass wir einen guten Weg für diese Art der Tagung gefunden haben!

Die Kolleg*innen waren sehr zufrieden mit ihren Ergebnissen, der Art der Tagung, der Organisation und Moderation durch Günther Clemens (LV Saarland) und Ingrid Burow-Hilbig (LV Hessen).

INGRID BUROW-HILBIG

Unser nächster Termin vom 29.9. – 3.10.2018 lädt auch Sie ein, mit Kolleg*innen, inspiriert durch Inputs, an einem Konzept für die eigene Schule im Institut Beatenberg zu arbeiten.

Anmeldung: Burow-Hilbig@ggg-hessen.de

NIEDERSACHSEN

Große Koalition in Niedersachsen – große Herausforderungen – großer Entwurf für ein zukunftsweisendes Schulsystem?

Die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und CDU in Niedersachsen sollen eine Basis für „bessere Bildungschancen für alle“ darstellen und zu einer „zukunftsgerichtet gestalteten Bildungslandschaft“ führen.

Das kann bezweifelt werden. Statt Steuerung und politischer Akzentsetzung sollen allein Elternwille und die Kommunen das Ganze richten. Statt Diskussionen über Schulstrukturen soll ein „dauerhafter Schulfrieden“ her. Auch hier sehen die Koalitionäre nicht richtig hin.

„Schulfrieden“ entsteht nicht dadurch, dass Gesamtschulen weiter als Regelschulen und ersetzende Schulform gelten sollen. „Schulfrieden“ setzt die Probleme des gegliederten Schulwesens fort. Ohne eine Schule für alle werden die Verwerfungen, die ein System von Hauptschule, Realschule,

Oberschule und Gymnasium mit sich bringt, weiter existieren und sich noch verschärfen. Immerhin wird die Gesamtschule in ihrer Stellung nicht geschwächt, wie die CDU es doch eigentlich vorhatte.

Die Lastenverteilung im derzeitigen Gebilde aus gegliedertem Schulwesen hier und Gesamtschulen auf der anderen Seite befindet sich in einer Schiefelage. Inklusion und Integration machen vor Realschulen und Gymnasien Halt, weil diese den Elternwille unterlaufen. Man berät die scheinende Schülerpopulation einfach weg. Die anderen sollen es richten. Eine mögliche Wiedereinführung der Förderschule „Lernen“ macht das auch nicht besser.

Ohne wenigstens mittelfristige Ziele anzugeben, besteht so eine Schullandschaft weiter, die einem Bauchladen gleicht. Für die Koalitionäre klingt das stolz nach „Wahlfreiheit“. In Wahrheit ist es nur ein Patt, ohne die Zukunftsfragen wirklich anzugehen.

Die Koalitionäre wollen vieles prüfen: z. B. die Qualität der gymnasialen Oberstufe und die Qualität der Schulformen. Hier wird es spannend werden, ob sich hinter diesen Prüfaufträgen das sachfremde Gejammer konservativer Bildungsverbände versteckt, die in allen Modernisierungsversuchen der Oberstufe inzwischen eine Absenkung der Leistungsanforderungen wittern.

Was man ohne Prüfung gleich beseitigen sollte (und könnte)?

Die von Gesamtschulen und Gymnasien stark kritisierte Veränderung der Wochenstunden für Leistungs- und Grundkurse!

Und das Ziel des Prüfauftrags für die Schulformen bleibt im Nebel. Wenn man doch alle Formen erhalten will, was will man dann sichten?

Mangelnde Visionen werden immerhin mit in Aussicht gestellten personellen und finanziellen Verbesserungen erkaufte. Die sind auch dringend nötig, wenn Inklusion und Integration besser gelingen sollen!

RAIMUND OEHLMANN

NORDRHEIN-WESTFALEN

Schulen in schwierigen sozialen Lagen brauchen Unterstützung – jetzt!

Schulleiter integrierter Schulen in NRW beraten Maßnahmen

Unter dem Schlagwort „Ungleiches ungleich behandeln“ fordert die GGG NRW seit mehreren Jahren die Einführung eines schülerscharfen Sozialindex für die Ressourcenzuweisung an Schulen. Mittlerweile ist die Botschaft im politischen Bereich angekommen.

Der Sozialindex für Schulen findet sich sogar im Koalitionsvertrag der gelb-schwarzen Landesregierung. Ob und wann und in welchem Umfang er tatsächlich kommt, ist vollkommen offen und kann dauern.

Darauf können viele unserer Mitgliedschulen im Interesse der ihnen anvertrauten Schüler, aber auch im Interesse aller an der Schule Beschäftigten nicht warten. Ausgehend von dem Hilferuf einer Schulleiterin, die sagte „Bei uns brennt es schon jetzt und das teilweise im doppelten Sinne des Wortes“, hat die GGG NRW aus jedem Regierungsbezirk stellvertretend für viele andere eine/n Schulleiter/in einer integrierten Schule in schwieriger sozialer Lage zu einem Treffen eingeladen.

Austauschtreffen

In einem ersten Schritt stellten die SL die dramatischen Lagen ihrer Schulen konkret und anhand von Schuldaten der Einzelschule dar. Bei allen Schulen ist die prekäre Lage der Schulaufsicht und den Kommunen bekannt. Teilweise sind die Schulen von Vertretern der kommunalen Politik, von Landtagsabgeordneten oder aus dem Schulministerium besucht worden. Ein wiederkehrendes Ergebnis bei diesen Schulbesuchen war das (objektiv zynische) Schulterklopfen für die Schulen, dass sie sich mit solchem Engagement diesen schwierigen Aufgaben stellen. Eine substanzielle Verbesserung oder die Aussicht darauf gibt es dagegen nicht.

Übereinstimmend zeigen sich in allen diesen Schulen die Ergebnisse der sozialen

Segregation. Der Anteil nicht deutschsprachig aufwachsender Schüler beträgt über 50 Prozent, der Anteil der Kinder mit Sozialgeldbezug liegt zwischen 25 und knapp 50 Prozent, ein hoher Anteil von Schülereltern ist ohne Beschäftigung oder in prekären Beschäftigungen, wenige bis keine Eltern haben höhere Bildungsabschlüsse. Wegen des geringen Sozialprestiges der Schüler werden die Schulen trotz guter pädagogischer Arbeit von den ohnehin wenigen Mittelschichteltern in sozial schwachen Stadtteilen wenig angewählt. Das erhöht die im Stadtteil vorhandene soziale Segregation weiter.

Welche pädagogischen Herkulesaufgaben diese Schulen zu bewältigen haben, muss hier nicht erläutert werden. Diese Schulen bräuchten mehr Personal und die besten Lehrer. Unter den Bedingungen eines leergefegten Lehrermarktes und des schulscharfen Lehrereinstellungsverfahrens können sich die benachteiligten Schulen nicht die für sie geeigneten Lehrer aussuchen. Die Lehrer können sich ihre Schule aussuchen und machen in der Regel einen Bogen um diese Schulen. Warum sollen sie sich bei gleicher oder schlechterer Bezahlung die schwierigere Arbeit aussuchen? Die Folge ist derzeit, dass die Schulen selbst bei vorhandenen Lehrerstellen diese überhaupt nicht oder nicht mit dem benötigten Personal besetzen können.

Vereinbarung

Die in dem Treffen versammelten Schulleiter haben vereinbart, im Interesse ihrer Schüler und Kollegen aktiv zu werden. Sie wollen den beim ersten Treffen bewusst klein gehaltenen Kreis der betroffenen Schulen ausweiten, dann gemeinsame Forderungen entwickeln und Strategien zur Durchsetzung verabreden. Neben den Forderungen nach erheblich verbesserten materiellen und personellen Ressourcen müssen die Schulen auch mehr pädagogische Freiheiten erhalten, um ihrer Schülerschaft gerecht werden zu können. Schulen in NRW, die an einer Mitarbeit interessiert sind, können sich unter vorstand@ggg-nrw.de melden.

BEHREND HEEREN

RHEINLAND-PFALZ

IGS in Rheinland-Pfalz – Keine „Vorteile“ beim Weg zum Abitur.

Betrifft: GL 3/2017, S. 3. Eine notwendige Klarstellung

In seinem Gastbeitrag „G8, G9 oder G8½“ kommentiert Prof. Dr. Jürgen Oelkers die chaotische Entwicklung in den westlichen Bundesländern bei Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur so: RLP habe sich in der „hysterischen“ Debatte um G8 versus G9 für „salomonische 8,5 Jahre“ entschieden.

Wir widersprechen: Es war dies vor allem eine *politisch kluge* Regelung, die der damalige Bildungsminister Zöllner (SPD) 1999 herbeiführte, die das Land bis heute aus den Dauerdebatten um die Verkürzung der Schulzeit heraushält. Oelkers beendet seinen Gastbeitrag mit folgendem Statement: „Und es gibt eine abschließende Pointe: Von dem Hickhack profitiert haben – wie in Rheinland-Pfalz – die Gesamtschulen mit Oberstufe. Da waren es immer 9 Jahre bis zum Abitur.“

Das ist falsch. Oelkers hat im Falle RLP schlecht oder gar nicht recherchiert und lässt seinen Vorbehalten gegenüber unseren Gesamtschulen freien Lauf. Mit seiner Wortwahl „profitiert“ insinuiert er, dass sich die IGS auf Kosten und zum Nachteil der Gymnasien entwickelten. **Richtig ist:** Seit 1999 machen **alle** Schüler*innen nach 8 Schuljahren und 8 Monaten Abitur **nach denselben Regeln** – an der IGS und dem Gymnasium gleichermaßen. Dies betrifft **alle** 130 Gymnasien und **alle** 55 IGSn. Noch einmal: Es gibt keinen Unterschied zwischen IGS und Gymnasium hinsichtlich der Dauer der Schulzeit bis zum Abitur, in der Regel. Die Ausnahme von dieser Regel kommt bei Oelkers Recherche auch nicht vor:

Seit knapp 10 Jahren haben wir das G8-Gymnasium, das allerdings nur als verpflichtende Ganztagschule genehmigt wird. Dafür haben sich lt. Statistik 21 Schulen entschieden, davon sind 6 in privater Trägerschaft. Dass „nur“ 10% der staatlichen Gymnasien G8 eingeführt haben und damit einem Bedarf entsprechen, der seit

Jahren stagniert, hat eher mit den anderen Gymnasien zu tun.

Im Übrigen, was ist schlecht daran, dass Eltern ihre Kinder an einer IGS anmelden, die mit der Förderung aller Kinder ernst macht, wohingegen sie bei einem Gymnasium in RLP eine bis zu 25 %-Chance haben, bis zur 10. Klasse aussortiert zu werden?

Eine weitere 4-zügige IGS in Mainz – 2020 ist es so weit – hoffentlich

Im Januar hatten wir mit dem neuen für die Schulen zuständigen Dezernenten der Stadt Mainz ein ausführliches Gespräch über die Situation in Mainz. Zur Erinnerung: Die GGG mahnt seit Jahren die Gründung weiterer IGSn an, denen an Standorten wie Mainz, wo bereits IGSn bestehen, von Gesetzes wegen nichts im Weg steht, wenn wie in Mainz die Zahl der abgelehnten Anmeldungen an bestehende IGSn dies rechtfertigt. Seit Jahren werden jedes Jahr 250 und mehr der angemeldeten Kinder abgelehnt: nach RLP-Maßstäben Potenzial für zwei weitere IGSn. Der Dezernent legte die Zwänge dar, denen sich die Stadt ausgesetzt sieht. Die Unterstützung seitens der Schulaufsicht könnte entschiedener sein, Auflagen des Rechnungshofs gestalten die Antragstellung schwierig, ein Koalitionspartner besteht darauf, dass es eine neue IGS nur mit einem neuen Gymnasium geben darf und last but not least gestaltet sich die Suche nach geeigneten Grundstücken nicht einfach. Die GGG wird wie bisher den Lauf der Dinge kritisch begleiten.

Das Bündnis ProInklusion nimmt Fahrt auf

Seit einigen Monaten besteht das Bündnis „ProInklusion“, in dem sich „EINE Schule für ALLE“, die LAG Gemeinsam Leben-Gemeinsam Lernen, der Montessori-Landesverband RLP und die GGG RLP zusammengefunden haben, um die schleppende und halberzogene Umsetzung dieses Menschenrechts im Schulbereich zu hinterfragen und dem Anliegen Inklusion mehr Gehör zu verschaffen. Auftaktveranstaltung war die Diskussion über unser Grundlagenpapier mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Koalitionsfraktionen (SPD, FDP und Grüne).

Die Bilanz ist ernüchternd, auch wenn alle drei uns ihr Wohlwollen aussprachen. Sie wichen nicht ab von ihrer Position, dass der Elternwille die alles entscheidende Instanz sei. Sie hatten keine Antwort auf die Frage, wie sie auf diesem Weg die Inklusion schlussendlich umsetzen wollen, und blieben auch eine Position hinsichtlich der Förderschule Lernen schuldig.

Dennoch bleibt unterm Strich auch der Eindruck, dass man durchaus Sympathie für Bündnisse wie unseres hat, weil sie viel häufiger mit Gegnern und Widerständen im Kontakt sind. Bleibt zu hoffen, dass wir bald Gehör für unsere Position finden werden, Inklusion und Kinderrechte in unserem Grundgesetz zu verankern.



Im nächsten Schritt haben wir Prof. Dr. Feuser, Zürich, in Sachen Inklusion zu Vortrag und Diskussion eingeladen.

Die Veranstaltung fand am 27.2.2018 in der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz statt. Etwa 60 Besucher – Student*innen und Wissenschaftler aus verschiedenen Instituten wie auch Lehrkräfte – beteiligten sich an der Diskussion. Diese Veranstaltung trug auch dazu bei, die Landesregierung zur offensiven Umsetzung der Inklusion im Lande zu mahnen.

WOLFGANG THIEL

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Bildungspolitisch gesehen gibt es qualitativ nicht wirklich Neues aus dem Land zwischen den Meeren zu berichten. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) ist „fleißig“ dabei, die im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2017 getroffenen Vereinbarungen umzusetzen. Im ersten Schritt erfolgte eine Rückumwandlung der Gymnasien zum 9-jährigen Bildungsgang. Das dazu vom Bildungs-

ausschuss des Landtages durchgeführte Anhörungsverfahren, an dem auch die GGG beteiligt war, war eine reine Formalie. Alle Vorschläge zu Verfahrensänderungen und Einwände fanden kein Gehör. Nach aktuellem Stand wird lediglich ein einziges von den 99 Gymnasien in Schleswig-Holstein neben dem neunjährigen auch einen achtjährigen Bildungsgang bis zum Abitur anbieten. Welche Auswirkungen diese Veränderungen auf das Schulwahlverhalten der Eltern und damit auch auf die Gemeinschaftsschulen haben wird, wird sich in der nächsten Anmeldeperiode im März dieses Jahres zeigen.

Am 8.2.2018 hatte der Landesvorstand der GGG die Gelegenheit, sich mit der Ministerin persönlich auszutauschen.

Trotz der deutlich unterschiedlichen Positionen in Hinblick auf die Weiterentwicklung des Schulsystems insgesamt und insbesondere bezogen auf ein inklusives Schulsystem unterstützen wir die bildungspolitische Schwerpunktsetzung der Regierung, mehr Mittel für den Bildungsbereich zur Verfügung zu stellen. Schleswig-Holstein ist das Bundesland, das gemessen an den Bildungsausgaben an den allgemeinbildenden Schulen die geringsten Mittel zur Verfügung stellt. Im Haushaltsjahr 2014 betrug diese im Bundesdurchschnitt 7400 € je Schülerin bzw. Schüler, in Schleswig-Holstein dagegen nur 6300 €. Daher ist jeder Euro zweimal umzudrehen, bevor er ausgegeben wird. Wir begrüßen es, dass die Einführung eines Bildungsbonus für Schulen an prekären Standorten nun doch ein Jahr früher als ursprünglich angekündigt eingeführt wird. Nicht nachvollziehen können wir, dass die Gymnasien in den beiden nächsten Jahren jeweils 44 Stellen (eine halbe Stelle je Schule) für ihren Rückwandlungsprozess erhalten sollen, zumal diese aufgrund der früheren Umstellung von G9 zu G8 immer noch einen Überhang haben. Für diese Ausgabe hätten wir eine andere Priorität, nämlich mehr Mittel für die Inklusion, die zu über 95 % an den Gemeinschaftsschulen stattfindet.

DIETER ZIELINSKI

Portokosten sparen helfen

Nächstes GGG Info per Mail erhalten!
Bitte Rückmeldung an
geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Liebe Mitglieder

„Mitgliederpflege“ ist ein schönes Wort, aber dahinter steckt manchmal unschöne Arbeit.

Wenn Ihr den Wohnort wechselt, die E-Mail Adresse oder die Kontoverbindung ändert, dann erhalten wir in der/n Geschäftsstelle/n zunächst Versandrückläufer. Wir beginnen im Netz nachzuforschen, anzurufen oder zu mailen. Häufig ohne Erfolg.

Deshalb an dieser Stelle unsere große Bitte an alle Mitglieder, die in den letzten Jahren Veränderungen dieser Art vorgenommen oder solche vorhaben, uns ein Zeichen zu geben.

GGG-liche Grüße und DANK aus den Geschäftsstellen.

Termine**9.05. – 11.05.2018: „Himmelfahrtsklausur“**

Oberursel, Parkhotel am Taunus

30.05. – 02.06.2018: BAG Englisch

56. Tagung, Schwerte

21. – 23.09. 2018: GGG-Hauptausschuss

Bad Sassendorf

29.09. – 03.10.2018: GGG-HE

25. Klausurtagung in Beatenberg,
Schweiz

Vormerken für 2019:**13. – 14.09.2019: Grundschulverband**

100 Jahre Grundschule, Frankfurt a. M.

Terminänderung:

19. – 21.09.2019: GGG-Bundeskongress

„50 Jahre GGG“

Gesamtschule Scharnhorst, Dortmund



GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Huckarder Straße 12

D-44147 Dortmund

Fon: +49-231-58694727

E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

www.ggg-bund.de

Jubiläen/Geburtstage**Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft**

Gerhard Hildebrandt

Hermann-Josef Eich

Wolfgang Kopitzsch

GEW Stadtverband Herne

Petra Altevers

Wolfgang Heitmann

Ulrich Rother

Wolfgang Bündler

Hermann Pardon

Christoph Fellner von Feldegg

Bernhard Clessienne

Ursel Karch

Regina Malz-Teske

Artur Flemming

Hubert Rehbein

Jürgen Müller

Roswitha Rühl-Bruckner

Gerhard Klöpfer

Wir danken für 25 Jahre Mitgliedschaft

Michael Uhl

Ulrike Otzen

Hartmut Duffert

Helmut Jung

Gerd Rump

Irmi Weiland

Jutta Bonge

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Wilhelm Wagenfeld 12.04.1943

Inge Thoennes 30.04.1943

Eckard Hengel 08.06.1943

Udo Rauhaus 20.06.1943

Hermann Zöllner 27.06.1943

Hartmut Storch 28.06.1943

Karl-Wolf Hoffmann 01.07.1943

Karlheinz Koke 02.07.1943

